

Grundeinkommens-Modelle im Vergleich

	Solidarisches Bürgergeld	Bedingungsloses Grundeinkommen	Grüne Grundsicherung	Solidarität – Chance für die Zukunft	Existenzgeld für alle
1. Wie hoch ist das Grundeinkommen?	<ul style="list-style-type: none"> ▪ bis 18 Jahre 500 € ▪ 800 € ab 18 Jahren ▪ 400 € bei Einkommen über 1.600 € 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 60% des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens (ca. 950 €) für alle ab 16 Jahren ▪ bis 16 Jahre 30% (ca. 475 €) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Erwerbsfähige 500 € ▪ Für Kinder 400 € ▪ Für Neu-RentnerInnen 700 € 	600 €	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 800 € ▪ Warmmiete bis 260 € ▪ Kranken- und Pflegeversicherung
2. Wer erhält das Grundeinkommen?	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle EU-InländerInnen mit mind. 2 Jahre legalem, festem und ununterbrochenem Wohnsitz in Deutschland ▪ Anspruch könnte bei Straftätern (z.B. Schwarzarbeit) verloren gehen 	Keine Einschränkungen genannt	Alle mit 5 Jahre dauerhaftem legalem Lebensmittelpunkt in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle, die seit 8 Jahren oder von Geburt an 1. Wohnsitz in Deutschland haben ▪ 18-64-Jährige: Nachweis 500 Stunden pro Jahr Erwerbsarbeit, Bildung, Familienarbeit oder Ehrenamtliches Engagement ▪ ab 65-Jährige: Erhalt bei 20jährigem Anspruch auf Grundeinkommen ▪ Sonderregelung für AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge 	Alle, die dauerhaft in Deutschland leben
3. Finanzierung des Grundeinkommens	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 50% Steuern auf alle Einkünfte bis 1.600 €, ab 1.600 € 25% ▪ Wegfall bisheriger Sozialleistungen ▪ Einsparungen Bürokratieabbau 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 35% Grundeinkommensabgabe auf alle Einkünfte ▪ lineare Einkommenssteuer von 7,5% (bei 12.000 € pro Jahr) bis 25% (ab 60.000 € pro Jahr) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 25% Grundsicherungsaabgabe ▪ 25% Einkommenssteuer ▪ Wegfall Steuerprivilegien 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Negative Einkommenssteuer bei Anrechnungsfaktor von 40% ▪ Einkommenssteuer auf alle Einkünfte mit Steuersätzen zwischen 10 und 53% 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Take half Abgabe 50% auf alle Einkünfte inkl. Unternehmensaktivität ▪ Lohnsteuerklasse 1 für alle ▪ Wegfall Sozialleistungen ▪ Bisherige

	und Effektivitätsgewinne sind nicht berücksichtigt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wegfall bisheriger Sozialleistungen ▪ Steuererhöhungen/zusätzliche Steuern (Sachkapitalsteuer, Primärenergiesteuer, Vermögenssteuer, Tobinsteuer, Luxusmehrwertsteuer) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Besteuerung von Konsum, Vermögen, Erbschaften, Umweltverbrauch Einsparungen Bürokratieabbau nicht berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wertschöpfungsabgabe und ökologische Steuerreform ▪ Wegfall Sozialleistungen ▪ Steuererhöhungen/ zusätzliche Steuern (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Tobinsteuer, Umsatzsteuer Luxusgüter) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialversicherungsbeiträge ▪ Steuererhöhungen/zusätzliche Steuern (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Tobinsteuer, Spekulationsgewinnsteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbekapitalsteuer)
4. Was passiert mit solidarischer:					
a) Rentenversicherung	12% Lohnsummensteuer der Arbeitgeber für Rentenzuschlag ab 67 Jahren auf bis zu 1.400 €	obligatorische Rentenzusatzversicherung je 5% AN und AG auf alle Einkünfte	Fällt weg	Keine Aussage	Bleiben bestehen
b) Arbeitslosenversicherung	Fällt weg, private Absicherung sinnvoll	Evtl. obligatorische oder freiwillige Zusatzversicherung ALG I	Fällt weg	Keine Aussage	Bleiben bestehen
c) Kranken- und Pflegeversicherung	Pflichtversicherung 200 € pro Person (ergeben 200 Mrd. € für Gesundheitssystem – jetzt 150 Mrd. €)	6,5% auf alle Einkünfte (außer Grundeinkommen) plus Wertschöpfungsabgabe für Arbeitgeber (ergeben insgesamt 202 Mrd. € für Gesundheitssystem – jetzt ca. 160 Mrd. € inkl. Lohnfortzahlung)	Steuerfinanziert, freie Wahl von gesetzlicher und privater Krankenkasse	Allgemeine Kranken- und Pflegeversicherung, Beiträge bezogen auf alle Einkünfte	Bleiben bestehen
5. Wie ist es mit Mehrbedarf?	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgergeldzuschlag bei begründetem Bedarf (z.B. Behinderung, besondere Lebenslage) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Besondere Lebenslagen ▪ Modifiziertes Wohngeld 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nach Bedürftigkeitsprüfung: Wohngeld, Mindestunterhalt für Alleinerziehende, 	Keine Aussage	Keine Mehrbedarfe für Personengruppen, Sonderbedarfe in schwierigen Lebenssituationen

			besondere Lebenslagen (z.B. Behinderung)		
6. Konsequenzen für den Arbeitsmarkt?	<ul style="list-style-type: none"> Lohnnebenkosten fallen weg, dadurch erhöhte Wettbewerbsfähigkeit Weniger Schwarzarbeit, keine Mindestlöhne notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung Mindestlohn Öffentlich geförderte Arbeitsplätze 70 Mrd. € höhere Unternehmensbelastung bei Entlastung der kleinen & mittleren Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> Erwerbsarbeit lohnenswerter als bei Kombilohnmodellen Stopp sinkender Löhne im unteren Einkommensbereich Kleine & mittlere Unternehmen profitieren Einführung branchen- und regionenspezifischer Mindestlöhne 2. Arbeitsmarkt für leistungsgeminderte Menschen 	<ul style="list-style-type: none"> Höchsterwerbsarbeitszeit 1.500 Stunden jährlich, dadurch Förderung Teilzeitarbeit Lohnnebenkosten fallen bis auf Unfallversicherung weg 	<ul style="list-style-type: none"> Mindestlohn 10 € pro Stunde Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich Umkehrung der gesamten Steuerpolitik zu Lasten der Konzerne und Kapitaleigner
7. Gibt es Einführungsmodalitäten?	<ul style="list-style-type: none"> Vertrauenschutz für bisherige Einzahlungen in Sozialversicherungssystem, abgedeckt durch Lohnsummensteuer der Arbeitgeber 	Keine Aussagen	<ul style="list-style-type: none"> Erworbbene Rentenansprüche bleiben erhalten Schrittweise Einführung über Kindergrundsicherung möglich 	Keine Aussagen	Keine Aussagen
8. Probleme aus eigener Sicht	Vertrauen in Systemwechsel schaffen	Großes Umverteilungsvolumen	<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung Übergangsregelung 	<ul style="list-style-type: none"> Verhinderung von Bürokratie Ausnahmen für 1.500h/Jahr Regelung Was passiert, wenn jemand 500/Jahr nicht schafft 	

